



Richard Overy, *Die Diktatoren*. Hitlers Deutschland, Stalins Russland. Aus dem Englischen von Udo Rennert und Karl Heinz Siebert, München 2005 (Deutsche Verlags-Anstalt), 1023 S.

Richard Overy, geboren 1947 und Professor an der Universität von Exeter, hat sich durch zahlreiche Publikationen zum Zweiten Weltkrieg und zum „Dritten Reich“ einen Namen gemacht; und als Angehöriger der ersten Nachkriegsgeneration bringt er gute Voraussetzungen mit, die bewegendsten der zentralen Vorgänge in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts aus größerer Distanz in den Blick zu nehmen und sich von allzu starken Emotionen fernzuhalten.

In der Tat mag es auf manchen Leser befremdlich wirken, wie sehr er nicht nur die Übereinstimmungen zwischen den beiden Regimen hervorhebt, sondern darüber hinaus auch positive Züge wahrnimmt und die Popularität sowohl Stalins wie Hitlers ohne negative Bemerkungen über den russischen und deutschen Volkscharakter konstatiert; über weite Strecken könnte man sogar den Eindruck haben, der Titel habe auch lauten können: „Die beiden Volksführer“. Dementsprechend sind Wendungen wie „in beiden Regimen ...“, „ebenso wie ...“, „genau wie ...“ häufiger als die Feststellung von Differenzen. Die wichtigste dieser Differenzen impliziert eine geistesgeschichtliche Auszeichnung der beiden Regime: die Sowjetunion ist gewissermaßen die Verkörperung von Lamarck, d. h. der Hervorhebung der entscheidenden Wichtigkeit der Umwelt, und im Dritten Reich hat der Darwin der Lehre von der Bedeutung der Erbanlagen und des „Überlebens der Tüchtigsten“ eine Art Auferstehung erfahren. Dennoch ist eine Grundentscheidung des Verfassers zugunsten des Sowjetsystems und insofern Stalins trotz aller Kritik kaum zu übersehen. Die sowjetischen KZs waren im Unterschied zu den bekanntesten deutschen „nie als Vernichtungszentren gedacht“ (S. 806), und die Orgien der Gewalt, welche zahlreiche Soldaten der Sowjetarmee nach 1945 verübten, sind „leichter nachzuvollziehen als das, was die Deutschen den Völkern im Osten antaten“ (S. 693). Das Schimpfwort „Nazis“ wird häufig verwendet, „der Führer“ erscheint fast immer nur in Anführungszeichen, und „die räuberische Wirtschaftsauffassung des Dritten Reiches“ wird der sowjetischen entgegengesetzt (S. 560). Allerdings liegt die umgekehrte Wertung nahe, wenn Overy nicht nur die ca. 20 000 zum Tode verurteilten deutschen Soldaten erwähnt, sondern auch die mehr als 150 000 sowjetischen Soldaten, die das gleiche Schicksal erlitten, und wenn er die exzessive Ungleichheit der Häftlingszahlen im deutschen KZ-System und im sowjetischen „Gulag“ zu Beginn des Krieges im Jahre 1939 herausstellt (S. 807). Gegen Vereinfachung von Komplexitäten spricht er sich an vielen Stellen aus.

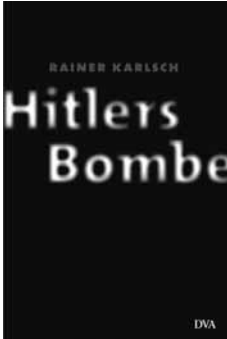
Overys Buch nimmt eine Mittelstellung zwischen den zwei bekanntesten Versuchen ein, die beiden Diktaturen und deren Diktatoren zu vergleichen: der

sehr lebendigen und personenbezogenen Doppelbiographie von Alan Bullock („Hitler und Stalin. Parallele Leben“ von 1991) und dem von Ian Kershaw und Moshe Lewin herausgegebenen Sammelband „Stalinism and Nazism. Dictatorships in Comparison“ von 1997, dessen einzelne Beiträge zum guten Teil der „strukturgeschichtlichen“ Vorgehensweise nahestehen. Von den 14 Kapiteln des Overy'schen Buches sind einige, wie gleich das erste („Stalin und Hitler. Wege in die Diktatur“), von überwiegend narrativem Charakter; andere wie „Staaten des Terrors“, „Kommandowirtschaft“ oder „Nationen und Rassen“ gehören eher zu der Kategorie der strukturellen Analyse. Da die chronologische Entwicklung nicht im Vordergrund steht, sind Autor und Leser unmittelbar mit der unerschöpflichen Fülle der historischen Details konfrontiert, und Overy hat sich auf eindrucksvolle Weise in diese Quasi-Unendlichkeit eingearbeitet. Selbst Osteuropa-Historiker dürften aus der Masse der herangezogenen Literatur zu den sowjetischen Details Gewinn ziehen, während auf der deutschen Seite dem Fachhistoriker nur wenig von dem, was Overy erzählt, unbekannt sein dürfte, sofern er nicht durch die eine oder andere Behauptung frappiert ist wie etwa die, Wilhelm Kube sei nach seiner Absetzung als Gauleiter der Kurmark für zwei Jahre in ein Lager eingewiesen worden (S. 214) oder Heydrich sei der Stellvertreter Hitlers gewesen (S. 631). Über „Auschwitz“ finden sich nur wenige, aber dem Sinne nach herausgehobene Seiten (S. 338–341, 804–806). Im Allgemeinen wird die Differenz gegenüber den Übereinstimmungen weniger betont, insbesondere die Todfeindschaft Hitlers gegenüber dem Bolschewismus, und sogar in den Bezugnahmen auf Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan (S. 545 f., 594, 596) wird deren Zentralität nicht herausgestellt. Das könnte damit zusammenhängen, dass Overy Lenin und den „roten Terror“ nicht recht wahrnimmt und das grundlegende Quellenwerk von Jackel-Kuhn über die früheste politische Zeit Hitlers nicht heranzieht.

Mit übergreifenden Konzeptionen hat Overy wenig im Sinn. Zu Themen wie „Modernisierung“, „Totalitarismus“ und „Faschismus“ finden sich zwar einige Titel im Literaturverzeichnis, aber Autoren wie Hannah Arendt, François Furet und Eric Hobsbawm kommen weder im Literaturverzeichnis noch im Personenregister vor (mit einer winzigen Ausnahme für Hannah Arendt auf Seite 938), und noch ferner liegt Overy die Erörterung von ungewöhnlichen und vielleicht anstoßerregenden Überlegungen. So ist es überall die unbefragte konzeptionelle Voraussetzung, dass die beiden Diktaturen, ob sie nun eine egalitäre Gesellschaft oder einen „Rassenstaat“ erstrebten, vor dem Hintergrund der vernünftigen und nicht-exzessiven Gesellschaften Englands und der USA gesehen werden; Fragen, wie sie neuerdings auch im Bereich der europäischen Linken gestellt werden, tauchen daher nicht einmal in Ansätzen auf, etwa die, ob nicht mindestens der Süden der USA als ausgeprägter „Rassenstaat“ dem Nationalsozialismus nach Realität und Ideologie verwandter gewesen sei als dem universalistischen Linksliberalismus, der unter Roosevelt die USA sehr bewusst und zielstrebig in den Zweiten Weltkrieg hineinführte.

Aber auch nicht-gestellte Fragen können für die weitere Entwicklung der Wissenschaft von großem Nutzen sein, und es wird wenige Leser geben, die das Buch von Overy nach der Lektüre aus der Hand legen, ohne sich durch eine Fülle von Informationen bereichert und durch die Abwesenheit bestimmter Fragestellungen und Theorien zu weiterem Nachdenken veranlasst zu fühlen.

Prof. em. Dr. Ernst Nolte, Freie Universität Berlin.



Rainer Karlsch, Hitlers Bombe. Die geheime Geschichte der deutschen Kernwaffenversuche, München 2005 (Deutsche Verlagsanstalt), 415 S.

Es gibt wohl nur wenige Ereignisse in der Geschichte der Menschheit, die sich gerade deshalb eines ungebrochenen Interesses erfreuen, weil sie niemals stattfanden. Immer wieder wird die Öffentlichkeit mit neuen Erkenntnissen konfrontiert, die eine sechs Jahrzehnte alte Frage letztlich doch wieder einmal nicht beantworten: Wollten die deutschen Physiker die Atombombe nicht entwickeln, oder konnten sie es nicht? Statt eine Antwort zu geben, zementieren die Historiker ihre unterschiedlichen Auffassungen. Einigkeit bestand bislang darüber, dass die deutschen Physiker und Ingenieure nicht mit aller Energie an der Entwicklung einer Atombombe arbeiteten. Ließen es die führenden Köpfe an Eifer mangeln, weil sie die Bombe für physikalisch unmöglich hielten, oder weil sie Hitler solch eine Waffe nicht in die Hände geben wollten? Jede dieser beiden alternativen Deutungen kann auf engagierte Vertreter verweisen, die jeweils gute Gründe für ihre Position anführen.

„So viel Hitler war nie“, schreibt der Historiker Norbert Frei in seinem Buch „1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen“. In einem Focus-Interview vertrat er im März 2005 die These, dass sich die Menschen heute weniger für Geschichte als für Geschichten interessieren. Geschichte kommt als Wissenschaft daher, Geschichten werden erzählt. So mancher Geschichtenerzähler profitiert von dem Boom, den der 60. Jahrestag des Kriegsendes ausgelöst hat. Geradezu inflationär taucht der Name Hitler im Titel von Büchern und Filmen auf: Hitlers Generäle, Hitlers Ingenieure, Hitlers Helfer, Hitlers Wissenschaftler oder auch Hitlers Frauen – Schlagworte, entweder von großer Plausibilität, oder aber zumindest nicht sofort Widerspruch hervorrufend.

Der Titel des neuesten Buchs des Historikers Rainer Karlsch, das die Deutsche Verlags-Anstalt als „Hitlers Bombe“ im März 2005 auf den Markt brachte, erscheint angesichts dieser Situation auf den ersten Blick weder plausibel noch widerspruchlos hinzunehmen. Wohl auch deshalb stellte das Erscheinen ein

Medienereignis dar, und kaum eine Zeitung glaubte es sich leisten zu können, darauf nicht (angemessen) zu reagieren.

Die Auswertung bislang unzugänglicher Quellen, zu großen Teilen heute in russischen Archiven verwahrt, versetzte Karlsch in die Lage, viel Neues zu entdecken und der aktuellen Forschung damit einen kräftigen Impuls zu verleihen. Es gelingt ihm, die bisherigen Kenntnisse über den Stand der militärisch intendierten Kernforschung im „Dritten Reich“ beträchtlich zu erweitern. So kann er zeigen, dass Physiker der Heeresversuchsanstalt unter der Leitung von Kurt Diebner im brandenburgischen Dörfchen Gottow einem funktionierenden Kernreaktor näher gekommen waren als Heisenberg und dessen Mitarbeiter. Die Reaktorexperimente in Gottow rücken auch Walter Gerlach in ein neues Licht, der seit 1944 offizieller Leiter des deutschen Kernforschungsprogramms war. Gerlach erweist sich mitnichten als der bloße Koordinator, den die Historiker bislang in ihm sahen, sondern als außerordentlich aktiver Wissenschaftler mit ehrgeizigen Zielen. Neu ist darüber hinaus auch die Erkenntnis, dass Carl Friedrich von Weizsäcker im Sommer 1941 eine Plutoniumbombe zum Patent anmeldete.

Nicht zuletzt stellt der Autor auf der Grundlage zugegebenermaßen starker Indizien Thesen auf bzw. entwickelt vorhandene auf intelligente Art weiter, die bislang Literatur ganz anderer Provenienz dominierten. Edgar Mayer und Thomas Mehner seien hier genannt, die zuletzt 2004 über „Thüringen und die deutsche Atombombe“ publizierten. Dennoch mutet die These des gestandenen Historikers ausgesprochen spektakulär an, auf dem Truppenübungsplatz im thüringischen Ohrdruf sei im März 1945 eine Waffe getestet worden, bei der Kernenergie freigesetzt wurde und mehrere hundert Kriegsgefangene und Häftlinge ums Leben kamen. Selbst wenn einige (nicht alle) Spezialisten erhöhte Konzentrationen von Uran, Plutonium und auch dem Spaltprodukt Cäsium-137 nachweisen konnten und als Indizien für ein „nukleares Ereignis“ werten, so müssen auch sie einräumen, dass es sich dabei noch nicht um überzeugende Beweise handelt. So stellt sich die Frage, warum Karlsch nicht stärker die spätere militärische Nutzung der fraglichen Geländeabschnitte durch die Rote Armee in seine Überlegungen einbezogen hat. Da auch nicht alle seiner Interpretationen der empirischen Befunde als physikalisch unangreifbar angesehen werden können, wäre ihm zu wünschen gewesen, sich weniger einseitig auf seine Deutung zu fixieren und statt dessen intensiver nach anderen Erklärungen gesucht zu haben.

Zu den vielfältigen Quellen, mit denen Karlsch seine Thesen stützt, gehören weiterhin Berichte der sowjetischen Aufklärung, Skizzen und Beschreibungen, Patente, Memoiren und Nachlässe Beteiligter sowie Aussagen von Zeitzeugen. Letztere waren aber, wie konnte es auch anders sein, keine Physiker und somit fachlich inkompetent. Etwa in der angegebenen Reihenfolge nimmt der wissenschaftliche Wert der genannten Quellen dann auch ab. In den Berichten des sowjetischen Geheimdienstes sei, so Karlsch, von einer Bombe die Rede, die vermutlich U-235 enthielt. Igor Kurčatov, seit November 1942 Leiter des sowjetischen Kernenergieprogramms, zweifelte allerdings diese Berichte an und schickte mit

Georgi Flerov einen seiner fähigsten Mitarbeiter nach Deutschland. Flerov gelang es jedoch offenbar nicht, nach Ohrdruf vorzudringen und sich einen persönlichen Eindruck von der Lage zu verschaffen.

Vergleicht man den Aufwand, den die Vereinigten Staaten zwischen 1942 und 1945 betrieben, um auf dem Wege der Isotopentrennung die benötigte Menge an Uran-235 und in Kernreaktoren die kritische Masse an Plutonium zu erbrüten, so kann niemand ernsthaft bestreiten, dass in Deutschland auch nicht im Entferntesten die Voraussetzungen für eine Atombombe geschaffen werden konnten. Denkbar ist allerdings, dass angesichts der unmittelbar bevorstehenden militärischen Niederlage auch die Kernphysiker überreagierten und eher verzweifelt als planvoll daran gingen, ihre geringen Mengen an spaltbarem Material als Waffe einzusetzen. Die hoch entwickelte Hohlladungsphysik mag durchaus Spekulationen genährt und möglicherweise zu experimentellen Anordnungen geführt haben, auf die von Karlsch vermutete Weise das vorhandene Uran und Plutonium sowie auch Deuterium und Tritium zu „verbrauchen“ – und sei es, um mit den dadurch gesammelten militärtechnischen Erfahrungen die eigenen Nachkriegschancen zu verbessern.

Die vom Autor noch für 2005 erhofften Ergebnisse von Untersuchungen der Bodenproben von Ohrdruf und Gottow mit der Methode der „Prompten Gamma-Analyse“, wobei die Gamma-Emission aller Kerne, nicht nur der radioaktiven, im Neutronenstrahl eines Forschungsreaktors gemessen wird, könnten Aufschluss darüber geben, ob 1944/45 tatsächlich solche nuklearen Ereignisse stattgefunden haben. Spätestens an dieser Stelle wird deutlich, dass ein weiterer Erkenntnisgewinn wohl nur in interdisziplinärer Zusammenarbeit von Historikern und experimentell versierten Physikern zu erzielen sein wird. Das erscheint keineswegs als unmöglich, ist doch die entsprechende Fachkompetenz – was die Kernphysik betrifft – in Deutschland (noch) vorhanden.

Dr. Gerhard Barkleit, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der Technischen Universität Dresden, D-01062 Dresden.



Klaus Große Kracht, Die zankende Zunft. Historische Kontroversen in Deutschland nach 1945, Göttingen 2005 (Vandenhoeck & Ruprecht), 224 S.

Die Studie, hervorgegangen aus einem Forschungsprojekt des Zentrums für Zeithistorische Studien in Potsdam, gibt einen knappen, aber souveränen Überblick über die Kontroversen, die die deutsche Zeitgeschichtsschreibung nach 1945 bewegt haben. Sie zeigt einmal mehr, in welchem außerordentlich hohem Maße Zeitgeschichte als Geschichte der noch lebenden Generationen immer auch öffentliche Streitgeschichte im Überschneidungsfeld von Expertendiskurs und massenmedialem Publikum ist. Schließlich geht es bei der Darstellung der jüngsten Vergangenheit immer auch um ihre Interpretation und somit um jene Normen und Werte, die die politische Kultur der Gegenwart bestimmen.

Einleitend skizziert Klaus Große Kracht die Entwicklung der deutschen Geschichtswissenschaft in den ersten Nachkriegsjahren, die im Westen von einer hohen personellen Kontinuität gekennzeichnet war: Nur 24 Professoren waren nach 1945 aus politischen Gründen zumindest zeitweise entlassen worden, von den rund 130 während der Nazi-Zeit emigrierten Historikern kehrten hingegen nur gut 20 in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten zurück. Die tief greifende politische Zäsur des Jahres 1945 stellte somit für das Geflecht professioneller und persönlicher Netzwerke keinen Einschnitt dar. Anders verhielt es sich in der DDR, wo die SED von Anfang die parteipolitische Gleichschaltung betrieb, die Geschichtswissenschaft bald zur ideologischen Herrschaftslegitimation verkam und kleinere Debatten allenfalls im Deutungsrahmen eines sterilen Marxismus-Leninismus stattfinden konnten. Insofern greift der Titel etwas zu weit, denn an den großen Kontroversen waren ostdeutsche Historiker nicht beteiligt.

Symptomatisch für die politische Kultur der jungen Bundesrepublik sind die „stillen Jahre“, die einer kurzen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus unmittelbar nach Kriegsende folgten. Das nationalpädagogische Selbstverständnis brachte Gerhard Ritter als erster Vorsitzender des neu gegründeten Historikerverbandes auf den Punkt, als er ausführte: „Wir deutschen Historiker werden gewiss viel zu tun haben, um unsere deutsche Geschichte vor ungerechter Verunglimpfung zu schützen, und unsere wenigen großen Staatsmänner, wie Friedrich der Große und Bismarck, werden dabei keine geringe Rolle spielen. Denn es bessert ein Volk nicht, sondern verdirbt es, wenn es die Freude an der eigenen Geschichte und damit das Selbstvertrauen verliert.“ Das auffällige Schweigen der akademischen Zunft zum Nationalsozialismus wurde in den fünfziger Jahren auch durch die Gründung des gewiss verdienstvollen Instituts für Zeitgeschichte in München als einer außeruniversitären Forschungseinrichtung nicht durchbrochen.

Vor diesem Hintergrund musste das monumentale Werk Fritz Fischers „Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland

1914/18“, als es 1961 erschien, geradezu als Tabubruch wirken. Denn der Hamburger Historiker führte erstmals den quellengesättigten Nachweis einer aggressiven und expansiven Kriegszielpolitik der Reichsregierung, die sich ihrerseits auf einen breiten Konsens von den Alldeutschen bis zum rechten SPD-Flügel stützen konnte. Ohne sich direkt auf den Nationalsozialismus zu beziehen, warf Fischer damit das Problem der Kontinuität vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg auf, die er in einer „Kontinuität des Irrtums“, in der permanenten Verkennung der Realitäten, verortete. Für Ritter war dies nichts anderes als „politisches Flagellantentum“, das auf die „Erneuerung der Schuldanklage von Versailles“ hinauslaufe. Wenngleich nicht alle Neuzeithistoriker in der Bundesrepublik mit so polemischer Vehemenz reagierten, stand Fischer doch in der akademischen Zunft zunächst völlig isoliert da.

Dass seine Thesen gleichwohl mit einiger Verzögerung in den Massenmedien eine heftige öffentliche Kontroverse auslösen konnten, war einem veränderten geistigen Klima zu verdanken. Als Stichworte seien hier nur der Eichmann-Prozess in Jerusalem und der Beginn des großen Frankfurter Auschwitzprozesses genannt, womit sich die verdrängte Frage nach der historischen Verortung des Nationalsozialismus neu stellte. In der Fischer-Kontroverse zeigte sich erstmals das *agenda setting* der Massenmedien, hier speziell des „Spiegels“ und seines Herausgebers Rudolf Augstein. Mit dem 50. Jahrestag des Ersten Weltkrieges war der Aktualitätsbezug gegeben und zugleich ein moralisierungsfähiges Thema vorhanden, zumal das Auswärtige Amt nach Intervention konservativer Historiker eine USA-Lesereise Fischers verhindern wollte. Die Frage nach der Verantwortung des Kriegsausbruchs wurde zu einem breit diskutierten Politikum, das 1964 auch den Historikertag dominierte und nicht zuletzt einen Generationskonflikt widerspiegelte.

Für den antiautoritären Protest der Studentenbewegung spielte die konkrete Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit hingegen keine große Rolle. Das Grassieren vager Faschismustheorien illustrierte mehr den allgemeinen Bedeutungsverlust der Geschichte in den siebziger Jahren; produktiv waren jedoch die Methodendiskussionen innerhalb der jüngeren Historikergeneration, die den Aufstieg der systematischen, theoriegeleiteten Sozialwissenschaften nachvollzogen und sich als so genannte Bielefelder Schule etablieren konnte.

Große öffentliche Aufmerksamkeit fand erst wieder der Historikerstreit 1986, der im Rückblick wohl nur als eine überspannte Reaktion auf die von Helmut Kohl bei seinem Regierungsantritt 1982 ausgerufene „geistig-moralische Wende“ zu verstehen ist. Die zu Missverständnissen einladende vergangenheitspolitische Symbolpolitik Kohls – von der Rede von der „Gnade der späten Geburt“ in Jerusalem, den Versöhnungsgesten in Bitburg bis zur Stärkung nationaler Identität mittels eines neu zu gründenden Deutschen Historischen Museums in Berlin – löste im linksliberalen Lager die Befürchtung einer neokonservativen Tendenzwende aus. Die Kampfansage Jürgen Habermas' in der „Zeit“ definierte jedoch bei genauerem Hinsehen einen sehr heterogenen Gegner: Mit den ver-

quasten Thesen Ernst Noltes, eines logischen und zeitlichen Prius des Gulags vor dem industriellen Judenmord in Auschwitz, hatten die in dem Rundschatz mit angegriffenen Historiker Michael Stürmer, Klaus Hildebrand und Andreas Hillgruber nichts im Sinn. Übrig blieb als inhaltlicher Kern lediglich die alte Frage nach der nationalpolitischen Bedeutung von Geschichte als Faktor gemeinschaftsstiftender Identitätsbildung. Lässt man die aufgeregte Debatte nochmals Revue passieren, so ging es weniger um die Klärung sachlicher Fragen als vielmehr um die publizistische Deutungshoheit, bei der persönliche Überempfindlichkeiten und alte Verletzungen aus der 68er-Zeit eine wesentliche Rolle spielten.

Den Tiefpunkt einer im akademischen Sinne produktiven Streitkultur stellte ein Jahrzehnt später die Goldhagen-Debatte dar, in der sich die „Zeit“ nochmals im *agenda setting* profilieren wollte. Hier wurde ein telegener, smarter Newcomer mit Harvard-Abschluss zum Brecher eines Tabus aufgebaut, das längst nicht mehr existierte. Die sensationsheischenden Zuspitzungen in „Hitlers willige Vollstrecker“ widersprachen zwar den methodischen und quellenkritischen Standards, fanden aber in den Medien und beim jüngeren Publikum großen Anklang.

Insofern kann man die abgewogene und mit nüchterner Urteilskraft geschriebene Studie Große Krachts auch als die Nacherzählung einer fortlaufenden Trivialisierung von Zeitgeschichte im Streit um mediale Einschaltquoten lesen. Andererseits zeigt sich in der zeitlichen Abfolge dieser und anderer öffentlicher Debatten, wie stark sich die politische Kultur der Bundesrepublik seit ihren Anfängen verändert hat, so dass heute die Erkenntnis des verbrecherischen Charakters des Nationalsozialismus zum festen Fundament zählt.

*Dr. Clemens Vollnhals, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V.
an der Technischen Universität Dresden, D-01062 Dresden.*



Hubertus Knabe, Tag der Befreiung? Das Kriegsende in Ostdeutschland, Berlin 2005 (Propyläen-Verlag), 388 S.

Hubertus Knabes Titel mit dem demonstrativen Fragezeichen steht schlechthin für das Programm seines Buches. Wer hätte sich nicht schon gelegentlich über den unkritischen, ja zuweilen plump-primitiven Umgang mit dem Begriff von der „Befreiung“ im Hinblick auf das Kriegsende 1945, wie man ihn auch in ernstzunehmenden Teilen der bundesdeutschen Öffentlichkeit bis heute antrifft, geärgert? In der DDR war die, man könnte sagen, fast bis zum Erbrechen zelebrierte platte Befreiungsrhetorik jahrzehntelang ein integraler Bestandteil der politischen Legitimationsstrategie der SED-Diktatur. In der Bundesrepublik bekam der Begriff seit den späten sechziger Jahren Konjunktur im Zuge eines allgemeinen politischen Klimawandels mit einer auch durch ideologische Scheuklappen bedingten Ignoranz und verengten Wahrnehmung der historischen Wirklichkeit, mittels derer manche im Blick auf die jüngste Geschichte meinten, sich, politisch korrekt, noch nachträglich auf die „richtige“ Seite schlagen zu müssen. Hätte inmitten der grenzenlosen Trümmerwüste Berlins vom Sommer 1945, so in den Lebenserinnerungen Egon Bahrs nachzulesen, einer den Deutschen von damals erzählen wollen, dass sie sich fünfzig Jahre später allen Ernstes drüber streiten würden, ob sie 1945 besiegt oder befreit worden seien, er wäre wahrhaft für verrückt erklärt worden. Zu unbezweifelbar, zu allgewaltig und allgegenwärtig war den Geschlagenen des Jahres 1945 die Gewissheit, besiegt und besetzt und dabei Zeuge einer nationalen Katastrophe von beispiellosem Ausmaß zu sein. Dies war um so verständlicher, als auch die Alliierten, die erklärtermaßen nicht als Befreier, sondern als Sieger über eine feindliche Nation und Richter ihrer Verbrechen nach Deutschland gekommen waren, ihnen anfangs wenig Grund zu gegenteiligen Gefühlen gaben.

Gegen den zumindest unwahrhaftigen, der Autor würde wohl noch schärfer sagen, verlogenen Mythos von der Befreiung der Deutschen 1945 – zumindest der „Ostdeutschen“, worin offenbar auch die Flüchtlinge und Vertriebenen aus den Ostgebieten eingeschlossen sind – hat Knabe auf fast 400 Seiten regelrecht „angeschrieben“, wobei er, dem Untertitel gemäß, sich ganz auf die Erfahrungen mit der östlichen Siegermacht, der Sowjetunion unter dem Regime Josef Stalins, konzentriert. Er gliedert seinen Stoff in die drei chronologisch geordneten und thematisch unterteilten Hauptabschnitte „Die Schrecken der Eroberung“, „Die Säuberung der Ostgebiete“ und „Der Weg in die SED-Diktatur“.

Wie so häufig, wenn ein Autor mit erkennbar missionarischem Eifer gegen etwas „anschreiben“ will, gerät er, wie auch in diesem Falle geschehen, auf eine Bahn, die seine wissenschaftliche Ernsthaftigkeit im Umgang mit dem Gegenstand in Frage stellt und auch seinem erklärten Anliegen, eine Wahrheit zu präsentieren, die angeblich bislang „unter moralischen Tabus und politischen Denk-

verboten verschüttet“ war (S. 94), eher Abbruch tut. Leider setzt der Autor bei der Schilderung unzähliger Gewalttaten sowjetischer Soldaten und Angehöriger der Sicherheitsdienste an deutschen Zivilisten und Kriegsgefangenen ganz bewusst auf eine stark emotionalisierende Diktion mit aufwühlenden sprachlichen Bildern („Manche Mutter [...] hielt noch Stunden lang ihr totes Kind im Arm“, S. 43). Uns ist diese Sprache, deutsche Kriegsoffer betreffend, besonders aus dem Buch von Jörg Friedrich über den westalliierten Luftkrieg gegen die deutsche Großstadtbevölkerung vertraut. Sie ruft, zumindest beim berufsmäßigen Historiker, fast reflexartig eine Distanzhaltung hervor, die die Frage nach den Intentionen des Autors in den Vordergrund treten lässt. Nicht nur, dass Knabe das gesamte empirische Material, das er vor dem Leser ausbreitet, zur bloßen „Munition“ macht, nur um möglichst eindrucksvoll zu zeigen, dass bei der Eroberung und Besetzung Deutschlands zwischen Memel, Oder und Elbe, der er „Züge eines Genozids“ (S. 70 f.) attestiert, „von einem Akt der Befreiung nicht die Rede sein konnte“ (S. 45). Ganz im Banne dieses Materials, das, die ersten beiden Hauptkapitel betreffend, fast gänzlich aus der zweifellos verdienstvollen Zeugenberichtssammlung des Bonner Vertriebenenministeriums aus den fünfziger Jahren geschöpft ist, aber dennoch und gerade im Abstand eines halben Jahrhunderts eines kritischen und behutsamen Umgangs bedarf, produziert er Urteile, die in ihrer Pauschalität befremden müssen. „Völkerhass und Klassenhass kennzeichneten in erster Linie die Übergriffe beim Vormarsch der Roten Armee nach Deutschland“, ist an einer Stelle (S. 71) zu lesen. Natürlich fehlen auch nicht längere Zitate aus dem berühmten Ehrenburg-Aufruf, „Töte!“, allerdings ohne irgendeinen Hinweis darauf, dass dieser aus dem Juli 1942 stammte, also einer ganz anderen Kriegssituation als der des Jahres 1945 entsprang (S. 64 f.).

Gewalttaten der unterschiedlichsten Art nicht als Einzelfälle, sondern als Massenphänomene zu benennen ist das eine, das andere und wirklich problematische ist es, auf diesem Feld quantifizierende Aussagen zu machen, deren Gültigkeit durch nichts und niemanden auch nur ansatzweise überprüft werden kann. „Schätzungsweise zwei Millionen Frauen und Mädchen“ seien beim Vormarsch der russischen Truppen in „Ostdeutschland“ Vergewaltigungen zum Opfer gefallen, heißt es gleich eingangs (S. 9, wiederholt auf S. 56), davon 1,4 Mill. in den Gebieten jenseits von Oder und Neiße, wobei 180 000 von ihnen direkt oder an den Folgen gestorben seien (S. 56). Man kann angesichts solcher Angaben sich nur fragen, woher Knabe diese Zahlen nimmt, Belege dafür finden sich weder im Text noch in dem mit ganzen 14 Seiten überaus knapp gehaltenen Anmerkungsteil des Buches. Wenn er etwa zum Vergleich „die Zahl der Liquidierungen beim Einmarsch der Roten Armee“ für nicht angebbar hält und sich vernünftigerweise auf die Feststellung von „massenhaft begangenen Kriegsverbrechen“ beschränkt (S. 57 f.), wie kann er dann gerade zu diesem Thema mit konkreten Zahlen aufwarten wollen?

Bezeichnend für seinen Umgang mit Daten zu dieser bis heute emotionalisierten Thematik erscheint eine Textpassage (S. 84), die sich mit den Vergewaltigun-

gen im Zusammenhang mit der Eroberung und Besetzung Berlins befasst. „Einer Hochrechnung zufolge“ (welcher erfahren wir nirgendwo) seien dort bis zum Juni 1945 „mindestens 100 000 Frauen und Mädchen vergewaltigt“ worden, wobei die Zahl der Delikte „erheblich höher als die der Opfer“ gewesen sei. „Bei 450 000 Rotarmisten und etwa 1,4 Millionen Frauen, die sich zu dieser Zeit in der Stadt aufhielten“, heißt es dann weiter, „dürfte es zu mehreren hunderttausend Vergewaltigungen gekommen sein“. Kann man so allen Ernstes mit Zahlenvermutungen jonglieren, die einen ernsten und zur Behutsamkeit mahnenden Gegenstand betreffen?

Kurzschlüssig ist ebenso die folgende Feststellung: „Zahlreiche Augenzeugen gaben ferner übereinstimmend an, dass die Vergewaltigungen und Plünderungen nach einigen Wochen verboten wurden – demnach also vorher erlaubt waren“ (S. 72), vollends unmöglich erscheint die Behauptung, dass erst ab dem Sommer 1947 (!) „die Sowjets ernsthafte Anstrengungen, die Disziplin in der Roten Armee wiederherzustellen,“ unternommen hätten (S. 91). Generell unterliegt Knabe dem noch weit verbreiteten Klischeebild von der sowjetischen Armee des Zweiten Weltkriegs als einer „streng geführten“ (S. 63), gewissermaßen auf Knopfdruck von oben in ihrem Verhalten ohne Zeitverzug beliebig steuerbaren Maschine, bei der „Fehlläufe“ fast allein dem Willen der Führungsstellen zuzuschreiben waren (vgl. S. 74 im Widerspruch zu S. 78). Zum realen „Innenbetrieb“ dieser riesigen, in ihrer Zusammensetzung nach Alter, Bildung, Sprache, nationaler und kultureller Herkunft so überaus heterogenen Streitmacht möchte man ihm die Lektüre von Vladimir Gel'fands „Deutschland-Tagebuch 1945–1946. Aufzeichnungen eines Rotarmisten“ nachdrücklich empfehlen. Auch bei der ausführlich abgehandelten Kriegsgefangenen-Thematik, bei der die Arbeitsergebnisse der bundesdeutschen Maschke-Kommission aus den sechziger Jahren seine Hauptquelle bilden, bliebe viel Kritikwürdiges anzumerken, das weit vom gegenwärtigen Forschungsstand entfernt ist. An dieser Stelle nur soviel: Knabe scheint der Widerspruch zwischen seinen Zahlenangaben auf den Seiten 100 und 124 (Stichwort: wo sind die „verschwundenen“ 700 000 abgeblieben?) gar nicht aufgefallen zu sein. Übrigens: Welche Deutschen wurden in Minsk und wann für die Ermordung polnischer Offiziere im Wald von Katyn hingerichtet, wie auf Seite 123 behauptet wird?

Doch weg von den zahllosen unstimmben Details in diesem Buch, deren pebble Auflistung am Ende nur ermüden würde, und noch einmal zurück zum ominösen „Befreiungsdatum“ des 8. Mai, für bzw. gegen das sich der ganze Text so ereifert: Wie fast jeder „missionarisch tätige“ Autor kennt und pflegt auch Knabe seine Feindbilder. Sie reichen in seinem Falle von Erich Kuby über Ralph Giordano bis zu Richard von Weizsäcker. Vor allem der letztere bezieht heftige Prügel wegen des von ihm in seiner vielbeachteten Rede zum 8. Mai 1985 angeblich präsentierten „ziemlich verschwommenen Bildes der Geschichte“, das mit „blumigen Formulierungen überdeckte [...], dass es östlich der Elbe 1945 eine wirkliche Befreiung nicht gegeben hatte“ (S. 30). Der frühere Bundespräsident

wird in einem geradezu ausfallenden Rundumschlag zum quasi staatsoffiziellen Schöpfer einer Mär erklärt, die allen Deutschen verbindlich den 8. Mai 1945 als nationales Befreiungsdatum habe dekretieren wollen. Besonders perfide klingt eine Passage, die der ganz vom „damaligen Zeitgeist“ geprägten, soll wohl heißen, friedenspolitisch Status quo-fixierten Rede das Folgende bescheinigt: „Die friedliche Revolution vom Herbst 1989 war in dieser Perspektive nicht vorgeesehen“ (S. 30).

Wer die Rede Richard von Weizsäckers auch heute, im Abstand von gut zwei Jahrzehnten und im Lichte der weltpolitischen Umwälzungen, die wir seitdem erlebt haben, aufmerksam liest, wird in ihr nichts finden, was solch ein rigides Pauschalurteil rechtfertigt. Im Gegenteil, er trifft dort auf das differenzierte Bild einer sehr gespaltenen Erinnerung der Zeitgenossen im Hinblick auf dieses symbolische Datum: „Der 8. Mai ist für uns Deutsche kein Tag zum Feiern [...] Der eine kehrte heim, der andere wurde heimatlos [...] Der Blick ging zurück in einen dunklen Abgrund der Vergangenheit und nach vorn in eine ungewisse, dunkle Zukunft.“ Dass ungeachtet der Trostlosigkeit und Verzweiflung des Augenblicks der 8. Mai letztlich „ein Tag der Befreiung“ war, dass er nicht nur „von“, sondern auch „zu“ etwas befreite, wurde den Deutschen – auch das sagt die Rede aus – erst zögerlich und mit wachsendem Zeitabstand bewusst. Dass er den Weg öffnete zum Wiedergewinn der Rechtsstaatlichkeit, zu einem politischen Neubeginn unter der Demokratie, zu Wirtschaftswunder und Wohlstand im Zeichen einer sozialen Marktwirtschaft und, nicht zuletzt, zur Versöhnung mit den Nachbarn und Gegnern zweier verheerender Weltkriege, erschloss sich den meisten, die das Glück hatten, in den westlichen Besatzungszonen zu leben, erst in der Rückschau aus notwendiger Distanz. Mit der authentischen Gefühlslage des Augenblicks hatte all das wenig zu tun. 1945 war nur eines klar: dieses Datum stand für die Befreiung der Deutschen *von* etwas: von einer rücksichtslosen Gewaltherrschaft und dem alles zerstörenden Inferno eines totalen Krieges. Manchem, weiß Gott nicht jedem, ermöglichte es bereits damals die Erkenntnis vom „Ende eines Irrweges deutscher Geschichte, das den Keim der Hoffnung auf eine bessere Zukunft barg“. Auch hier ist Weizsäcker klar und schwerlich misszuverstehen: mehr zu erkennen, als dies, bestenfalls einen „Keim der Hoffnung“, war den Deutschen von damals schlechterdings nicht möglich.

Seitdem ist die Geschichte in schneller Gangart weiter vorangeschritten. Könnte es sein, dass auch die historische Qualität nachfolgender „Befreiungsdaten“ unserer Geschichte nicht wenigen unserer Landsleute, die ganz von den Existenzängsten und sozialen Nöten des Augenblicks gelähmt sind, sich erst im Abstand eines größeren Zeitraums erschließt? Doch auch hier lässt Knabe, wie an so vielen anderen Stellen seines Buches, souverän jede kritische Sensibilität und Nachdenklichkeit hinter sich. Mit apodiktischer Selbstgewissheit schmettert er uns den tönenden Schlusssatz seines Buches entgegen, der da lautet: „Nur durch die westlichen Alliierten gewann die Freiheit in Deutschland die Ober-

hand [...] Erst der Sturz der SED-Diktatur im Herbst 1989 brachte Ostdeutschland die Befreiung“ (S. 352).

Wie hatte der vom Autor so gescholtene frühere Bundespräsident fast versteckt im Schlussteil seiner inkriminierten Rede vom Jahre 1985 gesagt? Man lese es nach: „Wir haben die Zuversicht, dass der 8. Mai nicht das letzte Datum unserer Geschichte bleibt, das für alle Deutschen verbindlich ist.“ Könnte der Gescholtene mit dieser Zuversicht, viel schneller als damals zu ahnen gewesen war, recht behalten haben? Hubertus Knabe sollte „sine ira et studio“ auch einmal nachlesen.

Dr. Manfred Zeidler, Böttgerstr. 2, D-60389 Frankfurt am Main.



Steffen Alisch, „Die Insel sollte sich das Meer nicht zum Feind machen!“ Die Berlin-Politik der SED zwischen Bau und Fall der Mauer, München 2004 (Verlag Ernst Vögel, Stamsried), 422 S.

Der Politikwissenschaftler Steffen Alisch hat in seiner Dissertation zur „Berlin-Politik der SED zwischen Bau und Fall der Mauer“ ein äußerst anspruchsvolles und überdies zeitgeschichtlich brisantes Thema aufgegriffen. Die geteilte Stadt war während des gesamten Kalten Krieges, insbesondere in den Zeiten der verschärften Block-Konfrontation, Gegenstand von Begehrlichkeiten zwischen Ost und

West sowie ein Schauplatz für symbolische Politik. Für die Bewohner West-Berlins hingegen besaß Berlin-Politik nicht erst mit der vollständigen Abriegelung der innerdeutschen Grenze im August 1961, sondern zu jedem Zeitpunkt existentielle Bedeutung. Ihre Interessen des alltäglichen Daseins befanden sich stets im Spannungsfeld unterschiedlichster politischer Interessen; bis 1989/90 setzten für das Leben in Berlin „globale, nationale und lokale Faktoren und Akteure“ in besonderem Maße Rahmenbedingungen (S. 375). Gemeinsam lag den Westalliierten, dem Berliner Senat und der Bundesregierung daran, den Status der Stadt zu festigen und zugleich die Situation der eingeschlossenen Bevölkerung zu verbessern. Für die SED-Führung wiederum waren die Menschen lediglich Verhandlungsmasse; sie bemühte sich um den Ausbau ihres Einflusses: Nachdem sie sich vom Wunsch einer Einverleibung hatte verabschieden müssen, versuchte sie immer wieder politischen Druck auszuüben und ihre ungünstige internationale Stellung aufzuwerten. Letztendlich konnte sie in langwierigen Verhandlungen aufgrund von primär ökonomischen Zwängen schrittweise zu Zugeständnissen bewegt werden.

Statusfragen und Hoheitsrechte beeinträchtigten immer wieder die „Berliner Variante der deutsch-deutschen ‚Vertragspolitik‘“ (S. 16) und verlangten einen

sensiblen Umgang mit allen Fragen. Maßgeblich richtet Alisch den Fokus auf die deutschen Verhandlungspartner, er untersucht die (West-)Berlin-Politik der SED-Führung und die (Ost-)Berlin-Politik des Berliner Senats sowie die Wechselbeziehungen zwischen beiden. Nachdem die DDR-Führung den Vier-Mächte-Status der Gesamtstadt schon in den fünfziger Jahren als nicht mehr gültig bezeichnet und einen Konfrontationskurs eingeschlagen hatte, erwuchs nach dem Mauerbau aus den Bemühungen der Sozialdemokraten um Erleichterungen das Konzept der späteren Ostpolitik. Dem war ein „schmerzhafter Prozess des Umdenkens“ vorausgegangen. Willy Brandt und Egon Bahr entwarfen die „Politik der kleinen Schritte“, deren vorrangiges Ziel nicht die Abschaffung der Mauer war. Sie sollte in erster Linie durchlässiger gemacht werden, um humanitäre Anliegen zu befördern (S. 377). Das Vier-Mächte-Abkommen über West-Berlin, von den Vertretern der Sowjetunion, der USA, Großbritanniens und Frankreichs am 3. September 1971 unterzeichnet, stabilisierte schließlich die Ausgangssituation und bedeutete zugleich den „Durchbruch für die geteilte Stadt“. Der sowjetischen Seite konnten Kompromisse abgerungen und die zuvor ins Stocken geratenen Gespräche zwischen Vertretern des Senats und der SED wieder in Bewegung gebracht werden (S. 163).

Die Studie folgt der Chronologie der Ereignisse und ist übersichtlich in zehn Kapitel gegliedert, ihr Zeitrahmen ist die Phase der Entspannungspolitik, als im internationalen Maßstab Koexistenz sukzessive an Stelle von Konfrontation trat. Zunächst skizziert Alisch nach einer einleitenden Beschreibung seiner methodischen Grundlagen und der politischen Rahmenbedingungen die Entwicklung von der Teilung Berlins bis zum Mauerbau und informiert den Leser über die Voraussetzungen des Untersuchungsgegenstandes. Diese Grundlagen sind unerlässlich für das Verständnis der komplexen politischen Auseinandersetzungen, die zu den Passierscheinabkommen (Kapitel IV) führten. Nach August 1961 war bis auf Ausnahmen den Einwohnern von West-Berlin erstmalig wieder zu Weihnachten 1963 ein Besuch im Ostteil der Stadt möglich geworden. Länger als zwei Jahre hatten die unermüdlichen Versuche der sozialdemokratischen Führung im Berliner Senat zur Schaffung von Besuchsmöglichkeiten gedauert. Erst der eingeleitete „Wandel durch Annäherung“ vermochte eine temporäre Breche in die von der SED-Führung verhängte absolute Blockade zu schlagen.

Ein ständiges Auf und Ab kennzeichnete die weiteren Etappen der Verhandlungen bis zum Vier-Mächte-Abkommen. Die SED-Führung bemühte sich in zäher Energie um die Anerkennung der DDR durch den Berliner Senat und die Bundesregierung, worunter sie gleichbedeutend die Verhinderung von bundesdeutschen Hoheitsakten im Westteil Berlins verstand. Als entgegen ihren Wünschen 1969 die Bundesversammlung in Berlin zusammentrat, ließ sie endgültig eine für die Osterfeiertage in Aussicht gestellte Passierscheinregelung platzen. Nach der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland im August 1970 geriet aber die SED zunehmend in die Defensive. Die sowjetische Führung setzte „eigene Interessen

gegenüber ihrem Ost-Berliner Satelliten konsequent“ durch und nutzte ihren „völkerrechtlichen Status als Siegermacht ohne Rücksicht auf den daraus resultierenden Ansehensverlust der DDR“ aus (S. 203). Infolge des Vier-Mächte-Abkommens war die SED-Führung genötigt, starr behauptete Positionen zu räumen und den Transitverkehr zwischen dem Bundesgebiet und Berlin direkt mit der Bonner Regierung vertraglich zu regeln und faktisch deren völkerrechtliche Zuständigkeit für West-Berlin zu akzeptieren. Diesem im fünften Kapitel eingehend thematisierten zentralen Gegenstand schließt sich eine Darstellung der weiteren Vertragspolitik an. Alisch geht in den Abschnitten VI und VII allgemeinen praktischen Fragen der Politik nach, etwa den Gesprächen zum Ausbau der Wasserstraßen oder zur S-Bahn, auch dem Müll- und Abwasser-Export in die DDR, wobei immer deutlicher deren finanzielle Abhängigkeit vom Westen zum Tragen kam. Diese, die ökonomischen und politischen Spielräume begrenzenden Beziehungen wiederum wurden in Moskau „mit einiger Skepsis“ betrachtet (S. 223).

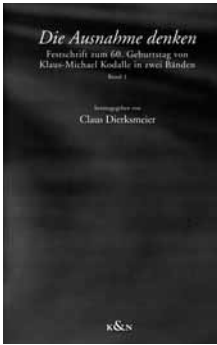
In Kapitel VIII schließlich beschreibt Alisch den 1981 unter dem Regierenden Bürgermeister Richard von Weizsäcker eingeleiteten Positionswandel. Der CDU-geführte Senat zeigte sich erstmalig „ausdrücklich zu politischen Kontakten mit der DDR bereit“ (S. 302). Dies hatte die westliche Seite bis dahin peinlichst vermieden. Inzwischen konnten die SED-Funktionäre die Situation jedoch kaum für ihre strategischen Ziele nutzen und trotz dieser für sie völlig überraschenden Sachlage gingen dann sowohl die Vorbereitungen als auch der Verlauf der 750-Jahr-Feier Berlins mit erheblichen Dissonanzen einher. Im abschließenden Kapitel IX rechnet Alisch mit der von ihm als Entspannungspolitik „um jeden Preis“ (S. 354) gewerteten Annäherung der Berliner SPD an SED-Positionen nach 1981 ab. Er erblickt vornehmlich in den Konzessionen des damaligen Berliner SPD-Vorsitzenden Harry Ristock an die SED-Führung die Gefahr, West-Berlin habe „in den Ruin bzw. in eine weitgehende politische und ökonomische Abhängigkeit von der DDR getrieben“ werden können. Alisch bezeichnet die Akzeptanz von Ost-Berlin als Hauptstadt der DDR und die „faktische Rechtfertigung des Mauerbaus durch Ristock als moralisch verwerflich“, da dies eine Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft impliziert habe (S. 355 f.). Ob ein solcher Prozess allerdings eingeleitet wurde, wie weit er gegangen und ob es zu einer „Aushöhlung des Rechtsstatus der Stadt“ (S. 367) gekommen wäre, kann nur vermutet werden. „Die Folgen der inneren Annäherung zwischen SPD und SED in Berlin blieben aufgrund des revolutionären Umbruchs im Herbst 1989 glücklicherweise begrenzt“ (S. 372). So lässt sich jedenfalls nicht hinreichend ein Erfolg der SED-Politik in Bezug auf West-Berlin untermauern und die konstatierte „schwindende Widerstandskraft der West-Berliner politischen Klasse“ (S. 19) erklären.

Insgesamt erweist sich bei einem solchen Unterfangen der Umstand, dass Alisch neben den Archivalien der SED sowie der DDR-Staatsorgane auf West-Berliner Seite lediglich Erinnerungen beteiligter Politiker, aber keine Senatsak-

ten zur Verfügung standen, als äußerst hinderlich. Bedauerlicherweise erlaubte dies die Weigerung der Senatsverwaltung nicht. Nichtsdestoweniger erscheint in einer so wichtigen Frage eine Einbettung in die gesamtdeutschen Beziehungen und in die internationale Politik dringend geboten, obwohl nachvollziehbar ist, dass angesichts unzureichender Erschließung einschlägiger Archivbestände die innerdeutsche Regierungsebene gleichfalls weitgehend ausgespart wurde. Zudem konnten wegen der Vernichtung von Unterlagen der Hauptverwaltung Aufklärung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) dessen Bemühungen zur Einflussnahme auf die SED-Politik nur punktuell angesprochen werden: Ausgeklammert wurde somit der wichtige Komplex der Interdependenz von MfS und SED-Politbüro, in dem die Entscheidungen fielen. Pläne einer möglichen militärischen Intervention erwähnt Alisch gleichfalls, doch behandelt er sie nicht.

Offenkundig tangiert die jüngste deutsche Vergangenheit an der Schnittstelle des Kalten Krieges noch heute die Befindlichkeiten der internationalen Politik und mit dem Argument von Sicherheitsinteressen wird die Einsicht in Dokumente verhindert. Der eingeengte Zugang zu den Quellen bedingt somit Beschränkungen der Forschung, denen sie sich stellen und den Untersuchungsgegenstand an die Gegebenheiten adaptieren muss. Alisch hat diesen Faktoren Rechnung getragen und die Fragestellung seiner Studie entsprechend fokussiert. Er erschloss Antworten auf bisher ungeklärte Fragen aus den herangezogenen Unterlagen und verwies zugleich auf die noch offenen Probleme. Die Erträge des so abgesteckten Forschungsfeldes befriedigen aus den genannten Gründen nicht jedes Interesse, dessen ungeachtet wurde es akribisch und gründlich beackert, einleuchtend strukturiert und das Ergebnis in kompakter Form gut lesbar aufbereitet. Ein Personenregister rundet den Band ab, dem gebührende Aufmerksamkeit in Wissenschaft und Öffentlichkeit zu wünschen ist.

Dr. Thomas Widera, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der Technischen Universität Dresden, D-01062 Dresden.



Die Ausnahme denken. Festschrift zum 60. Geburtstag von Klaus-Michael Kodalle in zwei Bänden. Band 1 und 2. Herausgegeben von Claus Dierksmeier, Würzburg 2003 (Verlag Königshausen & Neumann), 227 und 359 S.

Nicht weil der zu würdigende Jubilar vom Herausgeber als „Ausnahme-Existenz“ (S. I/7) vorgestellt wird, stößt diese Festschrift auf Interesse. Wie Claus Dierksmeier in seinem „persönlichen Vorwort“ betont, sei Klaus-Michael Kodalle, Philosoph und Theologe in Jena, jemand, der die Ausnahme *denkt* (S. I/8), und dementsprechend waren die Autoren unter dem Motto *Die Ausnahme denken* aufgefordert,

das Ihre zu diesem Thema beizutragen. Die Ausnahme zu denken ist aber nun ein Unterfangen von zweifellos totalitarismustheoretischer Relevanz. Der Totalitarismus verkörpert nicht nur selbst die Ausnahme vom Hauptstrom der zivilisatorischen Entwicklung (so jedenfalls noch immer unsere Hoffnung); vielmehr wurden totalitäre Maßnahmen und die Etablierung totalitärer Staats- und Gesellschaftsstrukturen maßgeblich unter Bezugnahme auf angeblich zu bewältigende Ausnahme-Situationen zu rechtfertigen gesucht.

Insgesamt 52 Autoren haben in Reflexion und Anknüpfung an das Werk Kodalles entweder systematisch den Topos der Ausnahme oder aber ein Thema aufgegriffen, das mit dem vielfältigen Lebenswerk des zu Ehrenden in Zusammenhang steht. Die Beiträge des 1. Bandes folgen der Gliederung „Die Ausnahme im spekulativen Denken/in der ethischen Theorie/in Politik und Gesellschaft/in der individuellen Lebenswelt“, die des 2. Bandes „Gründe des Glaubens/der Vernunft/des Handelns“. Allein der schiere Umfang des dargebotenen Gedankenmaterials macht jede detaillierte Besprechung unmöglich. Statt auf sämtliche Aufsätze einzugehen, soll nur auf einige Ideen und Ergebnisse hingewiesen werden, die auch für den Totalitarismusforscher interessant sein dürften.

So zeigt Johannes Weiss, wie aus der Logik des Modernisierungsprozesses – Zunahme des Wissens und der Handlungsmöglichkeiten auf der einen Seite und zugleich eine gegenläufige Zunahme an Bedrohlichem, Undurchschaubarem und Unkontrollierbarem auf der anderen Seite (S. I/13 f.) – ein „unbedingtes Vertrauen“ entspringt, das, etwa in Gestalt von Wissenschaftsgläubigkeit, Ideologien entgegengebracht wird, die absolute Macht- und Wahrheitsansprüche erheben.

Herta Nagl-Docekal rekonstruiert Hannah Arendts Analyse der „Problemlage, die den Boden für die Diktaturen des 20. Jahrhunderts bereitete“, und identifiziert diese u. a. in „der für die Moderne charakteristischen Entmachtung der Individuen“. Arendts Überlegungen gingen dahin, „dass ein ‚öffentlicher Raum‘ zu schaffen sei, der allen einzelnen die Möglichkeit bietet, ihre spezifische Perspektive zu artikulieren und so in die Auseinandersetzung mit anderen

einzutreten, d. h. in jenen Prozess des Aushandelns, in dem die Gestaltung des Gemeinwesens erfolgt“ (S. I/146).

Matthias Kaufmann zeigt, wie in Carl Schmitts Diskussion der Begriffe der Entscheidung und des Ausnahmezustands rechtstheoretische Reflexionen und politische Überlegungen verwoben sind und Schmitt dazu neigte, theoretische Ambitionen letztlich der politischen Agitation zu opfern (S. I/157). Kaufmann stellt nicht in Abrede, dass ein Staat in einen Zustand existentieller Bedrohung geraten kann. Er behauptet jedoch gegen Schmitt, dass die Bewältigung des Ausnahmezustands keineswegs die „Zuerkennung absoluter Rechte an *eine* Instanz, die *alles* entscheidet“, also gleichsam die Diktatur des starken Mannes voraussetzt (S. I/159). In der römischen Republik habe der Senat entschieden, „dass der Ausnahmezustand eingetreten war“, die Konsuln hätten entschieden, „wer nun für eine begrenzte Zeit herrschen sollte“ und der Diktator habe entschieden, „was in dieser Situation zu geschehen hatte“ (ebd.).

Henning Ottmann denkt über die paternalistisch gemeinte „edle Lüge“ in der Politik nach und gelangt zu dem Ergebnis, dass ihre in der platonischen Philosophie formulierten Grundvoraussetzungen – expertokratischer Wissensvorsprung und die Möglichkeit, zwischen Wissen und Meinen klar zu unterscheiden – in den heutigen Demokratien hinfällig geworden sind. Die edle Lüge zerstöre vielmehr die Möglichkeit demokratischer Willensbildung (denn sie vermittelt falsche Informationen), gefährdet die effektive Kontrolle der Gewalten und führt, wenn sie auffliegt (was wahrscheinlich ist), zu Vertrauensverlust (S. I/176 f.). Allerdings, so Ottmann, wird von Politikern im Normalfall keine *Rechtspflicht* zur Wahrhaftigkeit zu fordern sein.

Hans Lenk stellt sich dem Phänomen, dass Humanität in einer „härter“ und „kälter“ werdenden Gesellschaft mit einer „Tendenz zur Durchbürokratisierung und Durchvergesetzlichung fast aller Lebensbereiche“ und sich verschärfender Konkurrenz „immer mehr in Randbereiche oder Schönwetterbekenntnissen abzurutschen droht“ und nur noch „als Ausnahme beachtet, bedacht oder gar handelnd befolgt wird“ (S. I/207). Unter Rückgriff auf Schweitzer und Herder entwickelt er eine Konzeption konkreter Humanität, die sich durch Mut zu situationsadäquaten Entscheidungen bei einem Verzicht auf buchstabengeheure Befolgung abstrakter Prinzipien und Regeln auszeichnet.

Werner Becker unterscheidet begriffsgeschichtlich zwei Auffassungen von Menschenwürde – eine kollektivistische, welche mit einer Theorie der Naturordnung verbunden ist, „in der für die menschliche Gattung eine ‚herrschaftliche‘ Ausnahmestellung begründet wird“, und eine individualistische, in der die „Bezugnahme auf Individualität, d. h. ein Anspruch auf unvergleichliche Einzigartigkeit, eine zentrale Rolle“ spielt (S. II/280). Die kollektivistische Bedeutung bezieht sich „auf die Zugehörigkeit des Einzelnen zur menschlichen Gattung“ – Menschenwürde wird hier als ein die Gattung auszeichnendes Prädikat betrachtet; nach individualistischer Bedeutung wird hingegen zwischen den Individuen differenziert – „ihr zufolge soll sich jeder Einzelne gerade durch die ihm zukom-

mende Menschenwürde von jedem Anderen unterscheiden“ (S. II/281). Becker gelangt zu dem Ergebnis, dass sich heute nur noch die individualistische Auffassung von Menschenwürde verteidigen lässt und die damit verbundene Bedeutung des Begriffs zugleich die Intention ausmacht, die für die Väter des Grundgesetzes bei der Einführung der Menschenwürde in die Verfassung leitend war. Die Menschenwürde sei konzipiert worden „als verfassungsrechtlich zu sicherndes Bollwerk einer Verteidigung der Individualität des Menschen gegen den totalitären Egalitarismus unserer Epoche“ (S. II/288).

Die informative und durch die Kürze der Beiträge „nutzerfreundliche“ Publikation wird abgeschlossen durch das Schriftenverzeichnis Klaus-M. Kodalles.

PD Dr. Lothar Fritze, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der Technischen Universität Dresden, D-01062 Dresden.



Matthias Kluge, Das Christliche Friedensseminar Königswalde bei Werdau. Ein Beitrag zu den Ursprüngen der ostdeutschen Friedensbewegung in Sachsen, Leipzig 2004 (Evangelische Verlagsanstalt), 528 S.

In der DDR gab es – nach Einführung des „Wehrkundeunterrichts“ – ab Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre eine Reihe von Friedensinitiativen. Die unabhängige Friedensbewegung blühte im Jahrzehnt vor dem Zusammenbruch der SED-Diktatur auf. Allerdings hatte sich bereits im Jahre 1973 das Christliche Friedensseminar Königswalde konstituiert, das regelmäßig zusammen trat.

Die Forschung hat es bisher weithin ignoriert. Der Autor spricht von einem „Widerspruch zwischen Beachtung während der Unzugänglichkeit und Nichtbeachtung seit der Zugänglichkeit“ (S. 39).

Es ist das Verdienst des Chemnitzer Historikers Matthias Kluge, der selber aus diesem Umfeld stammt, den Ursprüngen der ostdeutschen Friedensbewegung am Beispiel einer Fallstudie nachgespürt zu haben. Im Mittelpunkt der Dissertation steht die Rekonstruktion der Tätigkeit des Friedensseminars. Das Unterfangen wurde ihm durch die gute Überlieferung der Quellen erleichtert. Der Aktenbestand des Ministeriums für Staatssicherheit ist erhalten geblieben. Die Unterlagen zum Partei- und Staatsapparat ermöglichen ebenso weiterführende Informationen wie einschlägige Materialien aus dem Privatbesitz. Ab Ende der siebziger Jahre wurden Referate auf Tonband mitgeschnitten, verschriftlicht und dann autorisiert.

Matthias Kluge spürt den Biographien der Begründer des Königswalder Friedensseminars nach – des Kfz-Elektrikers Hansjörg Weigel und des Elektromonteurs Georg Meusel. Beide wurden von der Staatssicherheit in „Operativen

Vorgängen“ bearbeitet. Es ist des Autors Kernthese, ostdeutsche „Achtundsechziger“ wie Weigel und Meusel seien von der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ tief geprägt worden. Sie könnten als „gesinnungsethisch, ökumenisch orientiert und grenzüberschreitend denkend und agierend charakterisiert werden“ (S. 472). Eine weitere These besagt, die Bausoldatenzeit habe viele Aktivisten des Christlichen Friedensseminars geprägt. Für Kluge gibt es Kontinuitäten bis zur friedlichen Revolution von 1989. Weigel, der 1980 drei Monate Untersuchungshaft erdulden musste, war nicht bereit, einen Ausreiseantrag zu stellen, weil er die DDR ändern, nicht abschaffen wollte.

Jahr für Jahr fanden zwei Seminare statt (mit der Ausnahme von 1975), jeweils am Wochenende. Die Zahl der Teilnehmer stieg von rund 25 auf über 500, darunter IMs der Staatssicherheit. Das Spektrum der Themen ist breit gefächert, das Spektrum der Referenten kommt häufig aus dem linken evangelischen Milieu (u. a. Martin Böttger, Reinhard Höppner, Friedrich Schorlemmer). In der ersten Hälfte der achtziger Jahre verlor das Christliche Friedensseminar an Bedeutung, weil sich Gruppen herauszubilden begannen, die stärker auf Opposition setzten. 1989/90 wurde das Christliche Friedensseminar von der atemberaubend schnellen Entwicklung überholt. All das schildert Kluge detailliert und kompetent. Das Christliche Friedensseminar Königswalde war ein erster Versuch, „Gegenöffentlichkeit“ herzustellen. Die Königswalder Friedensseminare nach der „Wende“ erörtert der Autor wegen ihrer anderen Funktionen mit guten Gründen nur in einem Ausblick. Weigels Aussage, „Die Zeit in meinem Leben, wo ich am meisten Angst hatte, war Dezember 1989, Januar und Februar 1990“ (S. 475 f.), ist für Kluge zu Recht unverständlich. Meusel wurde am 4. Dezember 1989 bei seiner Rede in Werdau von den Demonstranten nach eigenen Angaben „ausgepiffen und am Weitersprechen gehindert“ (S. 446). Die einstigen Außenseiter blieben nun erneut Außenseiter.

Die weithin chronologisch angelegte Arbeit ist mit ihren Exkursen und Rekursen nicht immer ganz übersichtlich angelegt, auch zeitweise umständlich formuliert, die Kritik an Faktenfehlern anderer bisweilen etwas beckmesserhaft. Die Vielzahl der mitunter längeren Zitate mag einerseits zwar erhellend sein, andererseits aber wäre weniger mehr gewesen. Immerhin konnte der Verfasser auf diese quellengestützte Weise viel Unbekanntes anschaulich zutage fördern. Die Studie rekonstruiert minutiös und mit viel Empathie die Arbeit in den Friedensseminaren und die Biographien der Exponenten. Immer wieder kommt die Integrität der Anliegen zum Ausdruck. Obwohl der Verfasser den dort vertretenen Positionen nahe steht, fehlen Idealisierungen. Die Kritik an der Machtabsenz einiger „Königswalder“ auch nach der „Wende“ ist vollauf berechtigt. Hier zeigt sich ein Romantizismus, der mit den Prinzipien einer repräsentativen Demokratie nur schwer in Einklang zu bringen ist.

Etwas weniger positiv fällt das Urteil bei einem Blick auf übergreifende Aspekte auf. So mangelt es an einem theoretischen Bezugsrahmen; systematische Zusammenhänge kommen zu kurz. Überlegungen zum Totalitarismus bzw.

Autoritarismus des SED-Staates fehlen ebenso wie größere Erörterungen zum Oppositionsbegriff. Am Schluss geht Kluge auf Detlef Pollacks Position ein, wonach kirchliche Repräsentanten deshalb für Reformen stritten, weil sie den Sozialismus für verbesserlich hielten. Dieses Auseinanderklaffen von Intention und Wirkung wäre erörterungsbedürftig gewesen. Kluges Behauptung, Weigel und Meusel, jeweils Anhänger des „Prager Frühlings“, hätten sich keine Illusionen über die Reformfähigkeit des Realsozialismus gemacht, ist mindestens „diskussionswürdig“. Gleichwohl: Dem selbstkritischen Verfasser ist eine akribische Fallstudie gelungen, die die engagierte Arbeit des Christlichen Friedensseminars der Vergessenheit entreißt. Das war überfällig. Die Literatur zur „Gegenöffentlichkeit“ in der DDR erfährt so eine Bereicherung.

Prof. Dr. Eckhard Jesse, Technische Universität Chemnitz, Politikwissenschaft, D-09107 Chemnitz.



Rainer Beck, *Tango mit der Stasi*, Norderstedt 2004 (Verlag Books on Demand), 336 S.

Fünfzehn Jahre nach friedlicher Revolution und deutscher Wiedervereinigung ringt die Forschung noch immer um eine präzise und langfristig Bestand habende Definition von Widerstand und Opposition. Auf der einen Seite haben sich diese Begriffe – auch mit Bezug auf den Kampf gegen den Nationalsozialismus – weitgehend durchgesetzt, auf der anderen werden sie immer wieder nicht präzise definiert, die Unterschiede zwischen den unterschiedlichen

Formen widerständigen Verhaltens nicht berücksichtigt oder die Bezeichnungen synonym gebraucht. Umstritten ist zum einen, ob Spionage aus antikommunistischer Überzeugung und Flucht bzw. Widerstand ins Spektrum von Opposition und Widerstand gehören. Allerdings haben sich in den letzten Jahren die Bemühungen verstärkt, besonders das Weggehen aus der DDR als auch politisch motivierte Entscheidung in die Palette des Oppositionellen zu integrieren.

Die Forschungsliteratur über Motive, Zahl und Opfer von Flucht und Ausreise ist in den letzten Jahren quantitativ und qualitativ angewachsen, wobei sich besonders Menschen artikulierten, die die DDR vor 1989 verlassen haben. Weitgehend unbekannt ist dagegen, wie es denen erging, die einen Antrag auf „Entlassung aus der Staatsbürgerschaft“ stellten. Diese Lücke füllt jetzt Rainer Beck (selbst 1980 aus der DDR ausgereist) in beeindruckender Art und Weise mit einem Roman über das Schicksal einer Familie aus Rostock, die jahrelang ihre Flucht aus der DDR plant und organisiert, gleichzeitig jedoch auf die Genehmigung ihrer immer wieder erneuten Ausreiseanträge hofft. Im Wechselspiel mit der Hoffnung aus Ausreise aus dem SED-Staat stehen dabei immer wieder neu

angegangene Planungen zur Flucht über die Ostsee, im Interzonenzug oder durch die Grenzgewässer zwischen der Tschechoslowakei und Österreich. Das alles spiegelt unbändigen Freiheitswillen und einen Hass auf die DDR, für deren Verlassen die Drohung schwerer Strafen und selbst der Tod einkalkuliert werden.

Gleichzeitig ruft Beck immer wieder alltägliche Einzelheiten des Lebens in der DDR in Erinnerung, die heute zwischen Ostalgie und gegenwärtigen Alltagsnöten drohen, in Vergessenheit zu geraten. Dazu gehören die Hoffnungen auf den Helsinki-Prozess und die Ostpolitik der Bundesregierung, die Angst vor Zwangsadoptionen, die Verteilungskämpfe um Mangelwaren in den heruntergekommenen Kaufhallen, die Militarisierung des Schulwesens, die Gefährdung durch politisch motivierte Arbeitslosigkeit und schließlich das Ruinieren der Gesundheit durch Umweltschäden sowie durch skandalöse Arbeitsbedingungen. Für die Familie Westphal, die Protagonisten des geschilderten Kampfes um das Verlassen der DDR, ist ausschlaggebend, dass sie sich dem ständigen politischen Konformitätsdruck entziehen wollen und nicht bereit sind, ihre Kontakte in die Bundesrepublik aufzugeben. Allerdings wird von den Verwandten im Westen den Ausreisewilligen nur wenig Interesse entgegengebracht und schon gar keine Unterstützung gewährt. Stattdessen dominieren hier die Angst, von Ausreisenden materiell belastet zu werden, die Hoffnung auf Geschäfte mit dem Osten und die Furcht vor Schwierigkeiten bei Reisen in die DDR. Dagegen schwankte die Haltung der Ostdeutschen gegenüber der ausreisewilligen Familie zwischen ängstlichem Abbruch aller Kontakte und demonstrativer Solidarität.

Die Bekämpfung der Ausreise organisierte die SED im Wechselspiel zwischen Betriebs- und „Kader“leitungen, Volkspolizei, Abteilung Inneres beim Rat der Stadt und Staatssicherheit. Beck gelingt es, diese Zusammenarbeit präzise zu beschreiben und dabei unterschiedliche Charaktere, die wiederum auch aus persönlichem Hass oder Karrieredenken gegen die Ausreisewilligen vorgingen, zu zeichnen. Dabei waren die „Scharfmacher“ nicht nur Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, sondern einige von ihnen bremsen sogar den Vorfahrungseifer anderer Dienststellen. Und so schwanken die Maßnahmen gegen die Ausreisewilligen zwischen ihrer Kriminalisierung und den Skrupeln, sie zu inhaftieren.

Der Wert des Romans wird nur geringfügig durch einzelne Fehler und Übertreibungen geschmälert. So bezeichnet Beck „Karl-Marx-Stadt“ ganz unüblich ständig als „KMST“ und die „Inoffiziellen“ werden zu „Informellen Mitarbeitern“ des MfS (deren Zahl auch den offiziellen Mitarbeitern unbekannt war und über die also auch nicht gesprochen werden konnte). Auch einige belletristische Elemente der Dramatisierung scheinen übertrieben zu sein. Dazu gehört der geschilderte Wunsch eines kinderlosen Stasi-Ehepaars, den Ausreisewilligen ihr Kind wegzunehmen, und die dramatische Beschreibung der Überschreitung der deutsch-deutschen Grenze bei der schließlichen Ausreise der Familie Westphal,

die bis in die letzte Sekunde als durch Verhaftung gefährdet dargestellt wird, ist unglaublich.

Insgesamt schildert der Autor die Qualen und Ängste, die für Ostdeutsche mit einem Antrag auf Ausreise aus der DDR verbunden waren, jedoch beeindruckend. Und damit zeigt er auch, dass Belletristik durchaus ein Mittel sein kann, historische Kenntnisse zu transportieren.

PD Dr. Rainer Eckert, Zeitgeschichtliches Forum Leipzig, Postfach 415, 04004 Leipzig.